

Die Digitalisierung des Finanzmarktes schreitet unaufhaltsam voran. Deutsche Kreditinstitute müssen sich bargeld- und kartenlosen Innovationen auf dem Zahlungsdienstemarkt öffnen, um den Anschluss nicht zu verpassen.

GASTBEITRAG

Kooperation statt Konfrontation

Verschiedene Beiträge zur Abschaffung des Bargeldes und die daraus entstandene – vielleicht auch etwas hysterisch geführte – öffentliche Debatte haben gezeigt, wie sehr die Deutschen ihr Bargeld lieben. In kaum einem europäischen Land dürfte der Hang dazu so groß sein wie in Deutschland.

Die girocard ist ohne Frage noch immer ein Erfolgsmodell: Nach Zahlen der Bundesbank von 2014 steigt seit 2008 der Anteil von Zahlungen mit der girocard. Gleichzeitig sinkt langsam, aber sicher die Verwendung von Bargeld. Bargeldloses Bezahlen heißt also in den meisten Fällen Bezahlen mit Karte. Die Entwicklungen auf dem Zahlungsdienstemarkt sprechen allerdings dafür, dass bargeldloses Bezahlen zukünftig immer öfter auch kartenloses Bezahlen heißen wird.

Denn es tut sich was. Das klassische Bankgeschäft wird von innovativen Start-ups aus der Gründerszene gekapert: Banking-Modelle per App – und eben immer häufiger ohne Banken – sind im Aufwind. Ebenso haben Unternehmen und auch der traditionelle Bankensektor die Kryptotechnologie und ihr eigentliches Herzstück – die sogenannte Blockchain – für sich entdeckt.

Die Kryptotechnologie, die manche gar mit umwälzenden Erfindungen wie dem Buchdruck oder der Dampfmaschine vergleichen, hat langfristig das Potenzial, mehr als nur das mobile Bezahlen zu verändern. Ob Kryptowährungen das neue „Bargeld 2.0“ werden, wird sich noch zeigen. Jedenfalls ist sie – ob in Form einer eigenen „Währung“ oder als Technologie, die das Bezahlen mit staatlichen

Währungen ermöglicht – als Instrument für innovative, sichere und schnelle Bezahlverfahren prädestiniert.

Für Staat und Politik bringen diese Modelle viel Diskussionsstoff mit sich: Es gibt offene Fragen zu Sicherheit und Datenschutzproblemen, zur Geldwäsche und zur steuerlichen Behandlung.

Für die Politik gilt es, zwischen den verschiedenen Interessen einen Ausgleich zu finden. Es muss gelingen, Innovationen bei Finanzdienstleistungen entsprechend zu fördern und gleichzeitig den Schutz der Verbraucher zu wahren. Auf EU-Ebene ist dies zuletzt mit den in der Zahlungsdienstrichtlinie II verabschiedeten Maßnahmen im Wesentlichen gelungen.

Aber auch für die Kreditinstitute stellt sich die Frage, wie man mit neuen Technologien und Bezahlverfahren von Unternehmen, die keine Banken sind, umgehen soll. Lange Zeit schien hier das Credo zu sein: Wir warten erstmal ab. Mittlerweile, kurz bevor das Abwarten in Ignoranz umgeschlagen ist, hat hier ein Umdenken eingesetzt. Das zeigt nicht nur die Einführung eines eigenen Online-Bezahlverfahrens durch die Kreditwirtschaft, sondern auch die Öffnung vieler Kreditinstitute hin zu neuen Geschäftsmodellen und Technologien im sogenannten Fin-Tech-Bereich.

Macht die Technologie Banken überflüssig? Nein, ganz im Gegenteil. Sie kann eine große Chance sein. Denn Banken können mit einem Pfund wuchern, von dem viele Start-ups und Zahlungsdienstleister momentan nur träumen können: dem großen Vertrauen bei den Kunden. Die meisten erwarten weiterhin, dass ihre Daten und ihre Einlagen sicher sind. Sicher vor Diebstählen, sicher vor Veruntreuung und sicher vor generellem Verschwinden. Aus ihrer Sicht garantieren das – auch durch Maßnahmen der Politik

nach der Finanzkrise – am besten Banken. Banken können gegenüber neuen Fin-Tech-Unternehmen immer noch mit einem Vertrauensvorschuss ihrer Kunden rechnen, der bei gleicher „Usability“ den Ausschlag für Produkte der Kreditwirtschaft geben kann.

Deshalb ist die Kreditwirtschaft gut beraten, bei Innovationen auf dem Zahlungsdienstemarkt auf Kooperation statt auf Konfrontation zu setzen. Auch wenn der Zug im Bereich der bargeld- und kartenlosen Bezahlverfahren gerade angeht ist: Abgefahren ist er noch nicht. ■



Dr. Jens Zimmermann MdB

Seit 2013 sitzt Dr. Jens Zimmermann im Deutschen Bundestag. Er ist Mitglied im Finanzausschuss und im Ausschuss für Digitale Agenda. Dr. Zimmermann ist Vorsitzender der Youngsters in der SPD-Bundestagsfraktion sowie stellvertretender Vorsitzender der deutsch-britischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages. Außerdem ist er stellvertretendes Mitglied im NSA-Untersuchungsausschuss und Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtparlament im südhessischen Groß-Umstadt. Dr. Zimmermann ist zudem Mitglied im Verwaltungsrat der BaFin.